

Die Wehrmacht und die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" als Thema österreichischer Vergangenheitspolitik

Manoschek, Walter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Manoschek, W. (2001). Die Wehrmacht und die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" als Thema österreichischer Vergangenheitspolitik. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30(1), 61-77. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59650>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Walter Manoschek (Wien)

Die Wehrmacht und die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ als Thema österreichischer Vergangenheitspolitik¹

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ hat wie keine andere materialisierte Form der Erinnerungskultur über die NS-Zeit in Österreich Kontroversen ausgelöst und war sowohl Gegenstand als auch Anlass von geschichtspolitischen Konflikten, die über die Ausstellungsinhalte selbst hinausgingen. Der Artikel skizziert die Erodierung der staatstragenden Opferthese, rekonstruiert die Etablierung der gesellschaftlichen Erinnerungspraxis von der „sauberen“ Wehrmacht und stellt das Geschichtsbild von der unpolitischen und entideologisierten Wehrmacht und ihrer (österreichischen) Angehörigen den empirisch erhobenen kollektiven Erinnerungen der österreichischen Wehrmachtssoldaten gegenüber. Die Diskrepanz zwischen diesen beiden Erinnerungen war – so die These – ein maßgeblicher Faktor für die emotionale Heftigkeit des Konflikts um die Ausstellung. Die Analyse der Reaktionen der politischen Parteien und zivilgesellschaftlicher Gruppen auf die Ausstellung kommt zum Ergebnis, dass zwei neue vergangenheitspolitische Lager entstanden sind: Der konkordanzpolitische Elitenkonsens von SPÖ und ÖVP über die NS-Vergangenheit (Opferthese) wurde abgelöst von einer Koalition aus zivilgesellschaftlichen Gruppen und politischen Parteien (SPÖ, Grüne, Liberale), die eine Internalisierung der NS-Herrschaft in die österreichische Geschichte im Sinne von Mittäterschaft und Mitverantwortung anstrebt, und einem Bündnis aus Veteranenverbänden, ÖVP und FPÖ, das die schuldhaftige Partizipation der österreichischen Gesellschaft am Nationalsozialismus weiterhin tabuisiert, relativiert oder verleugnet.

1. Genese und Inhalt der Ausstellung

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“² war Teil des Gesamtprojekts „Zivilisation und Barbarei“ des privaten „Hamburger Instituts für Sozialforschung“, das eine Analyse der institutionellen Gewaltgeschichte dieses Jahrhunderts zum Gegenstand hatte (Bulletin 1992, 53–63). Konzeptioneller Ausgangspunkt war die These, dass die Berührung zwischen großdeutscher Bevölkerung und NS-Verbrechen nirgendwo enger war als im Rahmen der Wehrmacht und darin die Ursache für die öffentliche Tabuisierung dieses Verbrechenskomplexes in den Nachfolgestaaten des „Dritten Reiches“ zu finden ist.

An Hand von drei Fallbeispielen – des Partisanenkriegs in Serbien, der Geschichte der

6. Armee auf dem Weg nach Stalingrad und der militärischen Besatzungsherrschaft in Weißrussland – zeigte die Ausstellung, dass die Wehrmacht im Osten und Südosten keinen „normalen Krieg“, sondern einen Vernichtungskrieg führte, der nicht das Ergebnis einer Eskalation gewesen ist, sondern von der politischen und militärischen Führung von Beginn an als Vernichtungskrieg intendiert war. Er richtete sich auch gegen die Zivilbevölkerung, von der ein Teil, die Juden, ausgerottet und ein anderer Teil – die Kriegsgefangenen und die nicht-jüdische Zivilbevölkerung – durch Hunger und Terror dezimiert werden sollte. Die Ausstellung führte den Nachweis, dass die Institution Wehrmacht auf allen Hierarchieebenen an diesen Verbrechen aktiv beteiligt war, betonte aber, dass damit „kein verspätetes oder pauschales Urteil

über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten“ (Ausstellungskatalog 1999, 7) gefällt werden sollte.

Die Ausstellung wurde im März 1995 in Hamburg eröffnet und bis Herbst 1999 in 27 deutschen und sechs österreichischen Städten (Wien, Innsbruck, Klagenfurt, Linz, Graz und Salzburg) präsentiert und von etwa 850.000 BesucherInnen gesehen (Hamburger Institut für Sozialforschung 2000, 21). Sowohl in Deutschland als auch in Österreich war sie die am meisten und am kontroversiellsten diskutierte öffentliche Veranstaltung mit dem größten medialen und politischen Echo zu einem Thema nationalsozialistischer Vergangenheit. Nach massiver Kritik am Text- und Bildteil wurde die Ausstellung im November 1999 von den Verantwortlichen zurückgezogen. Der Vorstand des „Hamburger Instituts für Sozialforschung“, Jan Philipp Reemtsma, betraute eine internationale Historikerkommission mit einer Überprüfung der Ausstellung. Der Bericht der Kommission wurde im November 2000 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Ausstellung – so die Historikerkommission – wurde „sowohl hinsichtlich ihrer inhaltlichen Aussagen als auch hinsichtlich des verwendeten Materials so intensiv durchleuchtet, wie das bisher bei keiner anderen zeitgeschichtlichen Ausstellung geschehen ist“ (Bartov u.a. 2000, 85)³. Die Kommission kam zusammengefasst zu folgendem Ergebnis: „Die Grundaussagen der Ausstellung über die Wehrmacht und den im ‚Osten‘ geführten Vernichtungskrieg bleiben der Sache nach richtig. Es ist unbestreitbar, dass sich die Wehrmacht in der Sowjetunion in den an den Juden verübten Völkermord, in die Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen und in den Kampf gegen die Zivilbevölkerung nicht nur ‚verstrickte‘, sondern dass sie an diesen Verbrechen teils führend, teils unterstützend beteiligt war. Dabei handelte es sich nicht um vereinzelte ‚Übergriffe‘ oder ‚Exzesse‘, sondern um Handlungen, die auf Entscheidungen der obersten militärischen Führung und der Truppenführer an der Front und hinter der Front beruhen“ (Bartov u.a. 2000, 85). Hinsichtlich der Haltung der Soldaten zur Ermordung der Juden stellte die Kommission fest: Die einschlägigen Dokumente „zeigen mit

großer Deutlichkeit, dass nicht eine Mehrheit oder auch nur ein großer Teil der Soldaten“ (Bartov u.a. 2000, 48) den Judenmord verurteilte. Die Kommission kam zum Schluss, dass die Ausstellung „auch in den kommenden Jahren – in einer Fassung, die der Kritik, neueren Forschungsergebnissen und den die Ausstellung begleitenden Diskussionen Rechnung trägt – einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der historisch-politischen Kultur“ (Bartov u.a. 2000, 86) leisten kann. Eine neu konzipierte Ausstellung soll vom „Hamburger Institut für Sozialforschung“ im Laufe des Jahres 2001 gezeigt werden (Frankfurter Rundschau, 24.11.2000).

2. Die Transformation der nationalen Basiserzählung über den Nationalsozialismus in Österreich

In Österreich rückte die Wehrmacht durch die Diskussion der Wehrmachtsgeschichte des Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim ins Zentrum des vergangenheitspolitischen Interesses. Die mit der Affäre Waldheim ausgelösten geschichts- und vergangenheitspolitischen Debatten zentrierten sich primär auf Waldheims Tätigkeit als Wehrmachtsoffizier und auf die österreichische Nachkriegsidentität als erstes Opfer des Nationalsozialismus (Mitten 1992, Wodak u.a. 1990). Obwohl im Kontext der Waldheim-Affäre auch Verbrechen der Wehrmacht aufgegriffen wurden (Kurz 1993), wurde das Bild von der „sauberen“ Wehrmacht in der Öffentlichkeit nicht prinzipiell in Frage gestellt. In dieser Phase österreichischer Vergangenheitspolitik überlagerte die Auseinandersetzung um die nationale Identität das Subthema „Wehrmacht“.

Die Waldheim-Affäre löste eine langfristige Transformation in der Konstruktion der österreichischen NS-Vergangenheit aus. Das von SPÖ und ÖVP lagerübergreifend vertretene Geschichtsbild von Österreich als Opfer des Nationalsozialismus war mit der Erklärung von Bundeskanzler Vranitzky über die Mitverantwortung Österreichs für die Verbrechen des Nationalsozialismus (Botz/Sprengnagel 1994, 574–576) als staatspolitisches Paradigma in Fra-

ge gestellt. Die normative Basiserzählung, d.h. jene „Konstruktion der Geschichte einer Gesellschaft und Kultur, die die beherrschende legitimatorische Konstruktion der Vergangenheit enthält“ (Schwab-Trapp 1997, 196), wurde von der SPÖ um die differenziertere „sowohl Opfer als auch Täter“-These erweitert. Die Diversifizierung der Geschichtsinterpretationen über den Nationalsozialismus setzte sich bei den anderen Parlamentsparteien fort: Die Grünen und das Liberale Forum traten für eine Dekonstruktion des über Jahrzehnte hegemonialen Geschichtsbildes und für eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Periode ein, während die FPÖ, die – ebenso wie ihre Vorgängerpartei VdU – nie Teil des konkordanzdemokratischen Vergangenheitskonsens gewesen war (siehe dazu den Beitrag von Pelinka), die Einstellungen der „Kriegsgeneration“ rechtfertigte (z.B. Haider 1993, 115) und Politiken („ordentliche Beschäftigungspolitik“) wie Institutionen des Nationalsozialismus (Waffen-SS) positiv beurteilte.

Die Heterogenität der Geschichtsversionen bei den politischen Eliten korrespondierte mit jener der österreichischen Bevölkerung. In einer repräsentativen österreichweiten Umfrage (n=2000) aus 1991 stimmten 43 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Österreich 1945 von den Alliierten befreit wurde, 48 Prozent meinten, dass Österreich den Krieg mitverloren hätte; 34 Prozent sahen Österreich als erstes Opfer Hitlerdeutschlands, 39 Prozent bezeichneten Österreich als NS-Mittäter, und ein Drittel gab darauf keine Antwort. Eine Längsschnittanalyse zeigt, dass zwischen 1987 und 1991 der Anteil jener, die Österreichs Mittäterschaft bejahten, eklatant von 14 auf 39 Prozent angestiegen ist (Journal für Sozialforschung 1992, 102–104) und 2000 bereits bei 70 Prozent liegt⁴.

Im kollektiven Bewusstsein existierte kein einheitliches Bild über die Zuordnung Österreichs als Opfer- bzw. (Mit-) Tätergesellschaft. In der Transformationsphase von einer kommunikativen, d.h. gelebten und in ZeitzugInnen verkörperten Erinnerung, zu einer kulturellen, d.h. institutionell geformten und gestützten Erinnerung (Assmann 1997) war der jahrzehntelange zur „Staatsdoktrin“ verfestigte Konsens

über die institutionelle Nicht-Verantwortung Österreichs für die NS-Zeit erodiert und hatte eine mehrfach „gespaltene Erinnerung“ (Domansky 1992) zur Folge. In den 1990er Jahren befand sich Österreich hinsichtlich des Nationalsozialismus in einem „kollektiv nicht geregelten Zustand“ (Ziegler/Kannonier-Finster 1993, 38). Affirmative Geschichtsinterpretationen existierten parallel zu kritischen, die Opferthese wurde ebenso vertreten wie die „Mittätersthese“, ohne dass eine davon ein Monopol auf nationale Identitätsstiftung für sich beanspruchen konnte. Mit der Implementierung der österreichischen Mitverantwortung und Mittäterschaft in die Erinnerungskultur wurde ein Gedächtnisraum geöffnet, der seit Kriegsende aus der reflexiven Erinnerung abgespalten war. Damit waren auch in Österreich die Voraussetzungen für eine kontroverse Diskussion um den Mythos von der „sauberen“ Wehrmacht geschaffen.

3. Das Geschichtsbild von der Wehrmacht in Österreich

Der Nürnberger Gerichtshof der Alliierten verurteilte 1946 zwei Dutzend führende Wehrmachtsoffiziere wegen Kriegsverbrechen zum Tode oder zu langjährigen Gefängnisstrafen; in den Nürnberger Nachfolgeprozessen und in Prozessen vor den nationalen Gerichten der Alliierten wurden Hunderte Militärs – unter ihnen auch Österreicher – wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gesprochen (Ueberschär 1999). Anfang der 1950er Jahre erklärte die BRD – vor dem Hintergrund des Kalten Krieges – die Begnadigung und Freilassung der verurteilten deutschen Wehrmachtangehörigen durch die Westalliierten zur *conditio sine qua non* für die Westintegration und die NATO-Mitgliedschaft. Die daraufhin erfolgten Begnadigungswellen trugen „maßgeblich dazu bei, daß der fundamentale Unrechtscharakter des NS-Regimes und seines Angriffskrieges ausgeblendet werden konnte. (...) Den ehemaligen Soldaten mußte, um den Preis der historischen Wahrheit, die Möglichkeit erhalten werden, in ihrem oft opferreichen

Kriegseinsatz einen Sinn zu erkennen“ (Frei 1996, 22). Im Kampf um die Erinnerung hatte die Wehrmacht gesiegt: „Der größte Sieg der deutschen Armee wurde auf dem Feld der Politik errungen, denn hier gelang es (...) aus dieser mörderischsten Militäraktion der deutschen Geschichte so gut wie unangefochten zurückzukehren“ (Bartov 1991a, 183). Im Kontext der Westintegration der BRD wurde „die Fama vom ‚unbefleckten Schild‘ der Wehrmacht und von dem von ihr (...) geführten ‚normalen Krieg‘ in einer Weise genährt, die ihre geschichtswissenschaftliche Widerlegung bis in die achtziger Jahre hinein äußerst schwierig machte“ (Frei 1996, 305).

Im politischen Windschatten der BRD kam es auch in Österreich zu einer spezifischen Legendenbildung über die Wehrmacht. Der Anlass dafür war die Frage, wie es gelingen sollte, die mehr als eine Million ehemals „ostmärkischer“ Wehrmachtssoldaten in den österreichischen Staat zu integrieren und ihre Erinnerungen an den Krieg für die österreichische Nationsbildung fruchtbar zu machen. Die Integration des Wehrmachtsskollektivs in die politische Kultur Österreichs erfolgte über den kultischen Ort der Kriegerdenkmäler (Gärtner/Rosenberger 1991). In der ritualisierten Form des Gefallenengedenkens wurde zwischen dem österreichischen Wehrmachtsskollektiv und den gesellschaftlichen und politischen Eliten der Zweiten Republik ein vergangenheitspolitisches Kommunikationsbündnis geschmiedet. Uhl fasst dieses *agreement* treffend zusammen: „Die Ehrenerklärungen führender Repräsentanten des öffentlichen Lebens waren aber kein einseitiges Entgegenkommen und sind auch nicht nur aus wahltaktischen Gründen erklärbar. Vielmehr war auf dieser Ebene eines der zentralen Integrationsangebote der Zweiten Republik angesiedelt: Vertreter der Parteien, der Behörden und der Kirchen würdigten die Pflichterfüllung für das Vaterland als überzeitliche staatsbürgerliche Tugend, ungeachtet des Regierungssystems, und vermittelten damit den ehemaligen Wehrmachtssoldaten das Gefühl, in vollem Umfang rehabilitiert zu sein, ohne sich von ihrer Vergangenheit gänzlich distanzieren zu müssen. Gewissermaßen als symbolische Gegenleis-

tung versicherten die Vertreter der Kameradschaftsverbände, nun mit ebensolcher Treue der Republik Österreich zu dienen“ (Uhl 1994, 149).

Mit der Errichtung von Kriegerdenkmälern war nicht nur symbolisch die „Ehre der Gefallenen“ wiederhergestellt; vielmehr dienen diese Gedächtnisorte zur Identitätsstiftung für die Überlebenden, die hier eine kollektive Absolution erfahren und zu „Heimatverteidigern“ und schuldlosen Helden mutieren. Die Kriegerdenkmäler wurden zu jenem kultischen Ort, an dem die symbolische Transformation vom großdeutschen Krieger zum österreichischen Opfer erfolgt. Am Kriegerdenkmal wird das österreichische Wehrmachtsskollektiv als Mitglied in die nationale Opfergemeinschaft aufgenommen. Als Teil der nationalen Opfergemeinschaft waren die Wehrmachtssangehörigen von jeder Frage nach individueller Verantwortung und Schuld befreit. Aus der Perspektive der Opfer blieb die Realität der aktiven Teilnahme an diesem Krieg und die Erinnerung an die rassenideologisch definierten Kriegsziele und die verbrecherische Kriegspraxis aus der politischen Kultur ausgeschlossen. Beispielhaft dafür ist die Darstellung der Wehrmacht in Schulbüchern, die „noch immer vom Mythos der ‚sauberen Wehrmacht‘, den ‚Helden in Stalingrad‘ oder der ‚Heimatverteidigung‘ geprägt“ ist (Loitfellner 2000, 29). Aus vergangenheitspolitischer Sicht symptomatisch, wurde etwa die Errichtung eines „Stalingrad-Denkmal“ in Wolgograd zur Erinnerung an die Opfer dieser Schlacht – mit Ausnahme der Grünen und von einigen kritischen Intellektuellen – von nahezu allen politischen und gesellschaftlich relevanten Eliten in Österreich unterstützt (Huemer/Manoschek 1996). Noch Mitte der 1990er Jahre bestand über dieses Geschichtsbild breiter Konsens unter den politischen und gesellschaftlichen Eliten.

4. Kollektive Einstellungsmuster österreichischer Wehrmachtssoldaten zum Kriegseinsatz und zum Nationalsozialismus

In der österreichischen Gedächtniskultur wurde ehemaligen Wehrmachtssoldaten kein Platz

für ihre Erinnerungssegmente an den Krieg eingeräumt, die vom staatsoffiziell vorgegebenen Rahmen abgewichen und als Gegenerinnerung im öffentlichen Raum präsent gewesen wären. Auf institutioneller Ebene verfügten die Veteranenorganisationen – allen voran der Österreichische Kameradschaftsbund (ÖKB) mit seinen etwa 250.000 Mitgliedern – das Deutungsmonopol über die Kriegsvorgangeneit (Embacher 1999, 96–132). Als sein wichtigstes Ziel definierte der ÖKB von Beginn seiner Tätigkeit an die „positive Imagebildung über den Soldaten des Zweiten Weltkrieges“ (zit. nach Uhl 1996, 152). Auch in Interviews mit ehemaligen Wehrmachtssoldaten blieben deren Erfahrungen, Traumata, ihre ideologischen und politischen Haltungen während des Krieges, wenn sie den Erzählperspektiven des schuldlosen unpolitischen Opfers widersprachen, weitgehend ausgeklammert (Hornung 1996).

Erst eine repräsentative und bis heute unveröffentlichte Fragebogenuntersuchung mit österreichischen Wehrmachtssoldaten, die u.a. die Analyse ihre politischen Einstellungen und Motivationen während der Kriegszeit zum Gegenstand hatte, verdeutlicht, dass auf individueller Ebene eine andere, von den institutionell vorgegebenen Mustern divergierende Erinnerung an die Wehrmacht existiert. Die Untersuchung brachte Ergebnisse, die erheblich vom hegemonialen Geschichtsbild der unpolitischen, ihrer österreichischen Heimat verpflichteten oder dem Nationalsozialismus negativ gegenüberstehenden österreichischen Wehrmachtssoldaten abweicht (Schwarz u.a. 1993)⁵. So hatten sich nicht – wie der Österreichische Kameradschaftsbund behauptet (Ardelt u.a. 1997, 112) – 2 Prozent, sondern mehr als ein Viertel der Befragten freiwillig zur Wehrmacht gemeldet (Tabelle 1). Eine absolute Mehrheit (58,6 Prozent) bejahte die Frage, ob sie „persönlich für Deutschland als ihr Vaterland“ gekämpft hätte (Tabelle 2). Die Regressionsanalyse (Tabelle 3) zeigt, dass der persönliche Kampf für Deutschland als Vaterland mit einem ideologischen, politischen und soldatischen Motivenbündel eng verknüpft ist, welches die positive Einstellung zum Nationalsozialismus und zu seinen Zielen misst. Die höchste Korre-

lation besteht bei jenen, die angaben, aus politischer Überzeugung oder aus politischer Gläubigkeit Soldat gewesen zu sein (β -Werte: 0,55); auch jene, die den 2. Weltkrieg als Notwendigkeit ansahen (β -Wert: 0,23) und ihn wegen der „Existenzbedrohung des deutschen Volkes“ befürworteten (β -Wert: 0,19) korrelieren signifikant positiv. Zudem besteht ein hoher Zusammenhang mit dem soldatischen Grundsatz, den „Kampf für Großdeutschland“ geführt zu haben (β -Wert: 0,22). Die Resultate weisen darauf hin, dass jene 58,6 Prozent der Befragten, die angaben, aus persönlichen Gründen einen „Kampf für Deutschland als Vaterland“ geführt zu haben, sich mit den ideologischen, politischen und militärischen Zielen des Nationalsozialismus weitgehend identifizierten. Es ist die Gruppe, die sich selbst nicht als Opfer des Nationalsozialismus sieht. Zumindest für die Kriegszeit deklarieren sie sich als Befürworter und Unterstützer des NS-Regimes.

Tabelle 1: Freiwilliger Beitritt zur Wehrmacht

Bezeichnung	Anzahl	Prozent Befragte	Prozent Antwort	Summe Prozent
Nein	812	72,6	73,3	73,3
Ja	296	26,5	26,7	100,0
Keine Antwort	11	1,0		
GESAMT	1119	100,0	100,0	

Quelle: Schwarz u.a. 1993, Band 2: Univariate Datenanalyse, Tabellenband, n=1119.

Tabelle 2: Persönlicher Kampf für Deutschland als Vaterland

Bezeichnung	Anzahl	Prozent Befragte	Prozent Antwort	Summe Prozent
Ja	656	58,6	60,1	60,1
Nein	268	23,9	24,6	84,7
Weiß nicht	167	14,9	15,3	100,0
Keine Antwort	28	2,5		
GESAMT	1119	100,0	100,0	

Quelle: Schwarz u.a. 1993, Band 2: Univariate Datenanalyse, Tabellenband, n=1119.

Tabelle 3: Persönlicher Kampf für Deutschland als Vaterland

Variable Label	BETA
Polit. Einstellung als Soldat: Überzeugung	b = .55
Polit. Einstellung als Soldat: Gläubigkeit	b = .55
Polit. Einstellung als Soldat: Unwissenheit	b = .29
WK II eine Notwendigkeit	b = .23
Polit. Ziele als Wehrmachtssoldat: plus = Keine Ziele; minus = Ziele	b = -.23
Soldatischer Grundsatz: Kampf für Großdeutschland	b = .22
Persönlicher Kampfgrund: Überleben / Heimkehr	b = -.20
WK II-Notwendigkeit: Existenzbedrohung des deutschen Volkes	b = .19
Soldatischer Grundsatz: Deutsche Soldatenehre	b = .17
Soldatischer Grundsatz: Treueste Pflichterfüllung	b = .16

Quelle: Schwarz u.a. 1993, Band 5: Multiple Regression.

Tabelle 4:
Was waren damals die wichtigsten Ziele der Deutschen Wehrmacht?
(Bitte nur die vier wichtigsten ankreuzen)

Mehr Lebensraum	877 (78,4%)	ja,	239 (21,4%)	nein
Rassenreinheit	406 (36,3%)	ja,	710 (63,3%)	nein
Kampf dem Weltjudentum	465 (41,6%)	ja,	651 (58,2%)	nein
Kampf dem Bolschewismus	695 (62,1%)	ja,	420 (37,5%)	nein
Vorherrschaft in Europa	548 (49,0%)	ja,	568 (50,8%)	nein
Mehr Erdöl und Getreide	379 (33,9%)	ja,	737 (65,9%)	nein
Für neue Kolonien	198 (17,7%)	ja,	917 (81,9%)	nein
Für die Weltherrschaft	204 (18,2%)	ja,	911 (81,4%)	nein

Quelle: Schwarz u.a. 1993, Endbericht, 39.

Die Befragten teilen in der überwiegenden Mehrzahl keineswegs die Legende von der unpolitischen und ideologiefreien Wehrmacht. Als die wichtigsten Kriegsziele der Wehrmacht nannten sie den „Kampf um Lebensraum“, den „Kampf gegen den Bolschewismus“, die Erringung der „Vorherrschaft in Europa“ und den „Kampf gegen das Weltjudentum“ (Tabelle 4). Aus Sicht der ehemaligen Soldaten diente die Wehrmacht auch der Umsetzung genuin nationalsozialistischer Ziele.

Fasst man die Ergebnisse zusammen, so ist die Diskrepanz zwischen der österreichischen Mythenbildung über die Wehrmacht bzw. über ihre österreichischen Angehörigen und den

Angaben der befragten Wehrmachtssoldaten eklatant. Das Bekenntnis zu Deutschland als Vaterland und die großdeutsch-patriotische Überzeugung als Kampfmotiv österreichischer Wehrmachtssoldaten stellen die nach 1945 konstruierten österreich-patriotischen Interpretationen fundamental in Frage. Ebenso wenig belegen die Daten eine mehrheitlich unpolitische oder antinazistische Einstellung der Soldaten.

Die Resultate der Untersuchung machen eine Ursache für die Tabuisierung des Themas Wehrmacht verständlich. Zu antagonistisch sind die Widersprüche zwischen den subjektiven Erinnerungen der Soldaten und den Geschichtsbildern der institutionalisierten Gedächtnisträger.

Erst im geschützten Bereich der Anonymität werden Haltungen, Meinungen und Einstellungen zum Komplex Wehrmacht formuliert, die im öffentlichen Raum mit Tabus belegt sind und gesellschaftlich negativ sanktioniert werden. Die Wehrmachtsausstellung knüpfte indirekt an die gesellschaftlich tabuisierten subjektiven Erinnerungen, an ideologische Einstellungen und nationalsozialistische Dispositionen der Soldaten an und erweiterte das Erinnerungsfeld um den Komplex intentional verübter Wehrmachtsverbrechen.

5. Die Wehrmachtsausstellung in Österreich

Als die Wehrmachtsausstellung ab Herbst 1995 in Österreich gezeigt wurde, hatte die Opferthese bereits begonnen, ihre normative Kraft einzubüßen. Die Diversifizierung der Geschichtsbilder über den Nationalsozialismus war eingeleitet, das Thema Wehrmacht und deren Involvierung in den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg war allerdings von der Dekonstruktion des Opfermythos noch nicht erfasst. Wissenschaftliche Arbeiten, die etwa die nationalsozialistische Indoktrination der Wehrmacht nachwiesen (z.B. Messerschmidt 1969), die Kooperation der Wehrmacht mit Hitler bei der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges analysierten (z.B. Deist 1979) oder die Beteiligung der Wehrmacht an der Judenvernichtung behandelten (z.B. Manoschek 1995), hatten das vorherrschende Bild über die Wehrmacht in der öffentlichen Meinung nicht nachhaltig beeinflusst. Versteht man unter politischer Kultur den „Wissensvorrat einer Gesellschaft, aus welchem sich die Akteure mit Interpretationen versorgen“ (Habermas 1992, 96), so war dieses Wissen über die Wehrmacht nur isoliert im Wissenschaftsbereich als Gegenerinnerung zum hegemonialen Geschichtsbild vorhanden. Durch die Ausstellung wurde eine breite Öffentlichkeit mit dieser Gegenerinnerung konfrontiert. Mit der Ausstellung war die NS-Vergangenheit „wieder zur Gegenwart geworden, und zwar in einem Maße, wie es die historische Forschung seit den sechziger Jahren nicht einmal ansatzweise vermocht hatte“ (Förster 1999, 948).

Die Inhalte und der methodische Aufbau der Ausstellung enthielten mehrere Aspekte, die Anlässe für vergangenheitspolitische Konflikte in sich bargen.

- Die Ausstellung differenzierte nicht nach nationaler Zugehörigkeit der Wehrmachtsangehörigen. Sie umfasste das großdeutsche Wehrmachtskollektiv, welches sich im Wesentlichen aus „Reichsdeutschen“ und „Ostmärkern“ zusammensetzte. Eine Externalisierung Österreichs aus diesem Bereich der NS-Vergangenheit war damit strukturell nicht möglich.
- Die Wehrmacht war eine heterogene männliche Massengesellschaft von über 17 Millionen Soldaten. Verbrechen der Wehrmacht bedeuten somit, dass nationalsozialistische Verbrechen nicht nur von ideologisch hochmotivierten gesellschaftlichen Randgruppen ausgeführt wurden, sondern auch von der gesellschaftlichen Mitte begangen wurden. Verbrechen der Wehrmacht sind „von der Formulierung her potentielle Verbrechen des Jedermann, Verbrechen von jedermanns Mann, Vater, Bruder, Onkel, Großvater“ (Reemtsma 1997, 56).
- Die Wehrmacht war ein integraler Teil des politischen Systems des Nationalsozialismus. Als soziale Organisation war sie keine Armee von Berufssoldaten, sondern setzte sich aus wehrpflichtigen Zivilisten zusammen und reflektierte damit auch die Normen und Werte der nationalsozialistischen Zivilgesellschaft. Die Wehrmacht war die größte Schnittstelle von Regime und großdeutscher Volksgemeinschaft: „The Wehrmacht was the army of the people, and the willing tool of the regime“ (Bartov 1991b, 10). Die Ergebnisse der oben skizzierten Umfrage mit ehemaligen österreichischen Wehrmachtsangehörigen untermauern dieses theoretische Postulat auf empirischer Ebene überzeugend.
- Verbrechen der Wehrmacht sind nicht nur ein Thema der Militärgeschichte, sondern vielmehr auch ein Thema einer Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. Die gesellschaftliche Dimension von NS-Verbrechen, die von Mitgliedern einer Massenorganisation begangen wurden, macht sie zu ei-

nem sensiblen Thema der Vergangenheitsbewältigung und zum Objekt von Vergangenheitspolitik.

- Verbrechen als Teil der Gesellschaftsgeschichte treffen nicht nur den Nerv einer Gesellschaft. Verbrechen der Wehrmacht rücken die Verantwortung und Entscheidungsfreiheit des Individuums im Nationalsozialismus in das Blickfeld und erzwingen damit geradezu eine persönliche Stellungnahme von jedem einzelnen Wehrmachtssoldaten. Die biographische Dimension des Themas erstreckte sich auch auf die „Familiarisierung des Schuldproblems“ (Schneider 1998, 37) und war Auslöser für intergenerationelle Gespräche innerhalb der Familien.
- Die Ausstellung beleuchtete u.a. die aktive Rolle der Wehrmacht bei der Judenvernichtung. Dadurch werden aus Kriegsverbrechen nationalsozialistische Verbrechen, wird die Wehrmacht von einer Militärorganisation zum Instrument und zum Akteur nationalsozialistischer Vernichtungspolitik. Nicht nur die strikte Trennung von NS-Regime und Wehrmacht, sondern auch die Trennung von Wehrmacht und Holocaust wird damit aufgehoben. Die Ausstellung widerlegt somit nicht nur das Konstrukt der kategorischen Trennung von verbrecherischem Regime und „sauberer“ Wehrmacht, sondern rückt zudem die Wehrmacht in den Focus nationalsozialistischer Vernichtungspolitik. Sie stellte damit ein Stück Nachkriegskonsens in Frage, der im Interesse von Integration die Realitäten des Vernichtungskrieges ausgeblendet hatte.

6. Die Reaktionen der politischen Parteien und zivilgesellschaftlicher Gruppen

Wie bei keiner anderen historischen Periode sind die vergangenheitspolitischen Debatten über den Nationalsozialismus auf die Schuldfrage fixiert und daher von besonderer politischer Bedeutung. Konflikte um die NS-Vergangenheit beziehen ihren paradigmatischen Charakter aus der Tatsache, dass Österreich geschichtlich mit dem Nationalsozialismus verbunden ist und in Abgrenzung zu ihm entstan-

den ist. Nachdem die auf Konkordanzdemokratischer Basis entstandene Selbstdarstellung als ausschließlich erstes Opfer der NS-Expansionspolitik erodiert war und einer pluralistischen Sichtweise von miteinander konkurrierenden Geschichtsbildern über die NS-Vergangenheit Platz gemacht hatte, bestanden innerhalb des Parteiensystems unterschiedliche, wenn auch nicht immer ausdifferenzierte Geschichtsauffassungen über Österreichs Rolle im Nationalsozialismus. Mit der Wehrmachtausstellung existierte ein Objekt, an dem sich die vergangenheitspolitischen Standpunkte der Parteien konkretisieren konnten. Die Medialisierung und die polarisierende öffentliche Rezeption der Ausstellung führten dazu, dass sich die Parteien und andere gesellschaftliche Akteure politisch positionierten und sich im Sinne des *agenda-settings* zu profilieren versuchten.

Ohne auf die politischen Konfrontationen an den sechs Ausstellungsorten im einzelnen eingehen zu können (für Wien und Klagenfurt siehe Manoschek 1996a und b, für Linz siehe Kannonier/Kepplinger 1997, für Graz siehe Brunnbauer 1999, für Salzburg siehe Embacher u.a. 1999, aus vergleichender Perspektive siehe Gaisbauer 2001 und Mostbauer 2001), soll versucht werden, die Reaktionen der Parteien zu analysieren und zu untersuchen, ob die Ausstellung zu neuen *cleavages* in der Vergangenheitspolitik geführt hat.

6.1. Die FPÖ

Die FPÖ hatte als erste Partei auf die Ausstellung öffentlich reagiert. Monate bevor sie in Österreich gezeigt wurde, hatte Parteiobmann Haider in seiner Grundsatzrede zur 50-jährigen Republikfeier im April 1995 darauf Bezug genommen (Haider 1996a, 23) und die FPÖ zur alleinigen politischen Vertreterin der „Soldatengeneration“ und zur Bewahrerin und Beschützerin ihrer kollektiven Erinnerung erklärt. Die Rede war eine verbale Kampfansage an jene, die den hegemonialen Diskurs von der „sauberen“ Wehrmacht und von den heldenhafte Wehrmachtssoldaten in Frage stellen. In seiner bertichtigten Rede vor Waffen-SS-Vetera-

nen in Krumpendorf vom September 1995 kritisierte Haider die finanzielle „Unterstützung von seiten der öffentlichen Hand“ für eine Ausstellung, in der „plötzlich die Wehrmacht oder die Teilnehmer und Angehörigen der Deutschen Wehrmacht als Verbrecherbande dargestellt werden“ (Czernin 2000, 46). „Kommunistischer Blick“, „geistige Umerziehung“, Missachtung von „Heimat und Tradition“⁶ und „primitiver Antifaschismus“⁷ waren die Termini, mit denen Haider die Ausstellung in Folge titulierte.

Wie knapp die indirekte Relativierung des Nationalsozialismus und die „Auschwitz-Lüge“ zusammenliegen können, wurde beim FPÖ-Nationalratsabgeordneten John Gudenus deutlich. Bei einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung in Wien beantwortete Gudenus die Frage nach der Existenz von Gaskammern: „Gaskammern? Ich halte mich da raus! Ich glaube alles, was dogmatisch vorgeschrieben ist“⁸. Haider veranlasste darauf den Rücktritt von Gudenus als Nationalratsabgeordneter; zwischenzeitlich ist Gudenus als FPÖ-Bundesrat wieder ins Parlament zurückgekehrt.

Der Anspruch der FPÖ als monopolistische Verteidigerin des Geschichtsbilds von der „sauberen“ Wehrmacht erhielt in der Folge durch die ÖVP massive Konkurrenz. Die Gegnerschaft zur Ausstellung – und den damit verbundenen Kampf um WählerInnenpotentiale – musste sich die FPÖ bald mit der ÖVP teilen. Für die FPÖ wurde es dadurch schwieriger, sich in der Diskussion eigenständig zu profilieren. Das provokante Angebot von FPÖ-Landesrat Robert Thaller, in Salzburg die Eröffnungsrede zu halten, um „gegen eine Instrumentalisierung der dort gezeigten Fotos im Sinne einer einseitigen und subjektiven Pauschalverurteilung einer ganzen Generation“⁹ zu sprechen, „zeugt von dem vergeblichen Bemühen der Freiheitlichen, in dieser Kontroverse eine relevante Akteursposition einzunehmen“ (Sandner 1999, 49).

Für die FPÖ war die Ausstellung ein Mittel, um ihre vergangenheitspolitische Linie der indirekten Relativierung des Nationalsozialismus in Form der „Verteidigung der Kriegsgeneration“ zu akzentuieren. In der Kombination der beiden traditionellen inhaltlich-ideolo-

gischen FPÖ-Fixpunkte „Verschwendung von Steuergeldern“ und „Verteidigung der Kriegsgeneration“ (Plasser/Ullram 2000, 227) betrieb die FPÖ von Beginn an ein *agenda-setting*, das massiv von der „Kronen Zeitung“ unterstützt wurde.

6.2. Die ÖVP

Die ÖVP hatte sich an den ersten Ausstellungsorten in Wien und Innsbruck im Herbst 1995 öffentlich nicht geäußert. Durch das Ansuchen der örtlichen Veranstalter um Subventionierung der Ausstellung durch die jeweiligen Städte bzw. Länder und die Diskussionen um die Übernahme des Ehrenschatzes an den folgenden Ausstellungsorten wurde die Ausstellung zu einem Politikum. In Linz hatte der zuständige ÖVP-Kulturstadtrat Dyk einen Antrag auf Förderung der Ausstellung eingebracht, aber dann auf Druck seiner eigenen Fraktionskollegen von der Tagesordnung abgesetzt; ein neuerlicher Antrag wurde vom Stadtsenat mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ abgelehnt¹⁰. Auf Landesebene hatte ÖVP-Landeshauptmann Pühringer in seiner Funktion als Kulturreferent erklärt, einer Subventionierung in der Höhe von öS 120.000,- nur nach einem einstimmigen Beschluss der Landesregierung zuzustimmen. Nachdem FPÖ-Landesrat Achatz vor den Delegierten des oberösterreichischen Kameradschaftsbundes betont hatte, dass die FPÖ einer finanziellen Förderung nicht zustimmen werde¹¹, lehnte Pühringer eine Subventionierung ebenfalls ab, um keine „parteilpolitischen Diskussionen heraufzubeschwören“¹². Die konsenspolitische Begründung seiner Entscheidung verdeckte, dass dieser Entschluss nicht unwesentlich von der Sorge um die Wählerstimmen der Veteranenverbände bestimmt war.

In Kärnten vertraten ÖVP und FPÖ idente vergangenheitspolitische Positionen. ÖVP-Landeshauptmann Zernatto lehnte die Einladung zur Übernahme des Ehrenschatzes für die Ausstellung mit der Begründung ab: „Kärnten (sei) nicht soweit, daß man sich so etwas politisch leisten könnte“¹³. Der geschäftsführende FPÖ-Landesparteiobmann Herbert Haupt zeigte sich „erfreut, daß sich Zernatto der Position

der Freiheitlichen angeschlossen“ habe¹⁴. Auch in Graz lehnte die ÖVP die Ausstellung ab: die ÖVP-Landeshauptmann Klasnic, weil die Ausstellung „keinen Dialog bietet, sondern nur neue Gräben aufreißt“ und ihr nur „Ausstellungen, die eigentlich Menschen begeistern und Freude bereiten und in die man gerne geht, sehr recht sind“¹⁵. Der Grazer ÖVP-Kulturstadtrat, Helmut Strobl, erklärte, weder städtische Ausstellungsräumlichkeiten noch finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen¹⁶; die Ausstellung sei „verzichtbar“, da sie „nicht um Dialog bemüht“ wäre¹⁷. Eine aktionistische Haltung vertrat hingegen der von prominenten Ex-Politikern der ÖVP geführte steirische Kameradschaftsbund: Aus Protest gegen die Ausstellung legte der Kameradschaftsbund zum Zeitpunkt der Ausstellungseröffnung an allen Soldatenfriedhöfen und Kriegerdenkmälern Kränze nieder¹⁸. In Graz hatte die ÖVP „in Sorge um den rechten Rand ihrer Klientel die äußeren Grenzen der unverdächtigen Distanzierung ausgelotet“¹⁹.

Die von der ÖVP in Graz verfolgte Verhinderungsstrategie wurde in Salzburg mit einer offensiven Gegenstrategie auf Landes- und auf kommunaler Ebene verknüpft. Den Antrag der „Salzburger Bürgerliste“ auf Subventionierung der Ausstellung lehnte der Schul- und Kulturausschuss des Salzburger Landtages mit einer ÖVP-FPÖ-Mehrheit ab (Sandner 1999, 37); ein Subventionsansuchen an die Stadt Salzburg wurde von ÖVP-Bürgermeister Dechant dem Gemeinderat gleich gar nicht zur Behandlung vorgelegt (Marchner 1999, 60). Die Haltung der Salzburger ÖVP manifestierte sich nicht nur in ihrer ablehnenden Einstellung gegenüber der Ausstellung, sondern führte zu einem offenen vergangenheitspolitischen Bündnis mit dem Kameradschaftsbund und der FPÖ. Für einen vom Salzburger Kameradschaftsbund zeitgleich als Gegenveranstaltung initiierten Bilderzyklus des ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS-Division „Leibstandarte Adolf Hitler“, Walther Groß, über dessen Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion stellten ÖVP-Bürgermeister Dechant und FPÖ-Stadtrat Mitterdorfer das alte Rathaus kostenlos zur Verfügung und übernahmen den Ehrenschatz über die Veranstaltung, während ÖVP-Landtags-

präsident Schreiner die Eröffnungsrede hielt (Marchner 1999, 61f.). Die vergangenheitspolitische Gegenoffensive von ÖVP und FPÖ fand ihren symbolischen Ausdruck in der Verleihung des Landeswappens an den Salzburger Kameradschaftsbund durch Landeshauptmann Schausberger für dessen „unermüdliches Engagement über Jahrzehnte für Grundwerte wie Kameradschaft, Frieden, Lebensfreundschaft, Heimatliebe und Tradition“ (zit. nach Embacher 1999, 123).

Nachdem die ÖVP zu Beginn eine distanzierte Haltung gegenüber der Ausstellung eingenommen hatte, positionierte sie sich in der Folge immer offensiver als entschiedene Gegnerin. Die politische Desavouierung des Linzer ÖVP-Kulturstadtrats Dyk durch die eigene Fraktion war ein Signal, dass die ÖVP eine Parteilinie entwickelt hatte und oppositionelle Standpunkte nicht zugelassen waren²⁰. Mit dieser Entscheidung geriet die ÖVP in Konkurrenz zur FPÖ um die Meinungsführerschaft in der „Ablehnungsfront“ gegen die Ausstellung. Hatte Landeshauptmann Schausberger im zeitlichen Vorfeld der Ausstellung noch erklärt, dass er in der Diskussion um die Ausstellung „keineswegs auf den ‚rechten Rand‘ oder ‚Haiders Gefolgschaft‘ abziele“²¹, so übernahm er in Folge die FPÖ-Argumentation vom „Schutz der Soldatengeneration“ und dehnte sie zudem auf deren Nachfahren aus: „Ich werde mich schützend vor all diejenigen stellen, deren Väter und Großväter Soldaten der Wehrmacht waren“²². Die von der ÖVP initiierte und gemeinsam mit der FPÖ und dem Kameradschaftsbund politisch und finanziell unterstützte „Gegenausstellung“ eines ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen in Salzburg zeigte, dass die ÖVP keine prinzipiellen vergangenheitspolitischen Differenzen zu den Positionen der FPÖ aufwies.

6.3. Die SPÖ

Mit der Übernahme des Ehrenschatzes über die Ausstellung in Klagenfurt im Sommer 1996 durch den Kärntner SPÖ-Landesparteiobermann Michael Ausserwinkler bezog erstmals ein SPÖ-Politiker eine klare politische Position. Ausser-

winkler begründete seinen Entschluss: „Erstens ist es die Aufgabe der Wissenschaft, ihre Themen nicht nur hinter verschlossenen Universitätsüren zu diskutieren, sondern die Öffentlichkeit mit einzubeziehen. Zweitens hat das Image Kärntens durch die Ulrichsbergfeiern und vor allem durch Jörg Haiders Krumpendorfer Rede sehr gelitten. (...) Und drittens hat mir Christof Zernattos Argument (...) ‚Kärnten ist noch nicht so weit‘, gezeigt, daß man als verantwortungsvoller Politiker die politische Landschaft nicht nur passiv beobachten darf“²³. Nicht die Ausstellung schade Kärnten, sondern „das von Haider international erzeugte, unakzeptable Bild Kärntens als Reservat ehemaliger Kriegsverbrecher“²⁴.

Für Ausserwinkler lag die gesellschaftliche Funktion der Unterstützung der Ausstellung in der symbolischen Implementierung einer Gegengeschichte zu den hegemonialen Geschichtsbildern über die NS-Zeit in Kärnten. Damit wurden die politisch-kulturellen Bruchlinien zwischen den Parteien deutlich. Dass dieser emanzipatorische Schritt hin zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit nicht nur zwischen den Parteien, sondern auch innerhalb der SPÖ zu Konflikten führte, signalisierte der ehemalige Kärntner SPÖ-Landeshauptmannstellvertreter Rudolf Gallob, der sich in seiner Rede beim Ulrichsbergtreffen von Ausserwinkler scharf distanzierte und die Wehrmachtsausstellung als die „größte Beleidigungsaktion der Altsoldaten“²⁵ bezeichnete. Die Salzburger SPÖ-Klubchefin Gabriele Burgstaller wertete Gallobs Aussage als Zeichen dafür, dass „Vergangenheitsbewältigung auch innerhalb der SPÖ noch lange nicht konsequent genug betrieben worden ist“²⁶.

Am nächsten Ausstellungsort Linz verfolgte die SPÖ eine nahezu perfekte konsenspolitische Strategie. Drei Tage nachdem die SPÖ bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Oktober 1996 auch in Oberösterreich eine schwere Niederlage erlitten hatte, stimmte sie im Stadtsenat gemeinsam mit ÖVP und FPÖ für die Absetzung eines Subventionsantrags durch den ÖVP-Kulturstadtrat Dyk in der Höhe von öS 120.000,-. Im November 1996 stellten die Bürgerliste „Mensch und Natur“ und die Grü-

nen im Gemeinderat einen weiteren Antrag auf finanzielle Unterstützung der Ausstellung in der Höhe von öS 120.000,-. Der Antrag wurde auch mit den Stimmen der SPÖ – gegen die Stimmen von ÖVP und FPÖ – dem Stadtsenat zur Entscheidung zugewiesen; im Stadtsenat stimmten die fünf Vertreter der SPÖ für, die drei Mandatäre der ÖVP und die zwei der FPÖ gegen den Antrag. Diese Pattstellung bedeutete die Ablehnung der Subvention. Das komplizierte Geschiebe zwischen Stadtsenat und Gemeinderat entpuppt sich bei näherer Betrachtung als polittaktische Farce: „Ein Blick auf die Geschäftsordnungsbestimmungen von Stadtsenat und Gemeinderat offenbart das doppelbödige Spiel von SPÖ und Grünen. Denn Subventionen bis zu einer Höhe von öS 350.000,- fallen in den Zuständigkeitsbereich des Stadtsenats. Über Subventionen, die diesen Betrag überschreiten, entscheidet allerdings nicht der Stadtsenat, sondern der Gemeinderat. Und dort hätten SPÖ, „Mensch und Natur“, sowie Grüne eine solche Mehrheit beschließen können“ (Mostbauer 2001, 88). Eine Subvention von über öS 350.000,- hätte allerdings zu einer heftigen Debatte geführt, wobei insbesondere die SPÖ sich auf einen offenen Konflikt mit ÖVP, FPÖ und den Medien hätte einlassen müssen: „Satt dessen begnügten sich ihre Repräsentanten mit symbolischen Gesten und beteuerten wortreich ihren Einsatz für die – so SPÖ-Kulturbbeauftragter Klaus Wallinger – ‚konsensuale, konfliktfreie Realisierung dieses für die Öffentlichkeit so wichtigen Projektes‘“ (Mostbauer 2001, 88).

In Graz war es die Angst vor einer Instrumentalisierung der Ausstellung durch die FPÖ im Rahmen des Gemeinderatswahlkampfes, die eine eindeutige Positionierung der SPÖ verhinderte. Die SPÖ drängte auf eine zeitliche Verschiebung der Ausstellung, da sie befürchtete, WählerInnenstimmen sowohl an die FPÖ als auch an die Grünen zu verlieren (Brunnbauer 1999, 19f.). Erst als nach monatelangem Tauziehen feststand, dass die Boykottpolitik der SPÖ zu keiner Absage oder Verschiebung führen würde, übernahm Bürgermeister Stingl den Ehrenschutz über die Ausstellung, der SPÖ-Landeskulturrat (Schachner-Blazizek) und der

SPÖ-Landesjugendrat (Dörflinger) subventionierten das Begleitprogramm der Ausstellung mit insgesamt öS 220.000,-²⁷. Die steirische Landes-SPÖ als Partei leistete aber keine politische Unterstützung. Der SPÖ-Landespartei-vorstand forderte die FunktionärInnen lediglich auf, „mit diesem Thema verantwortungsbewußt umzugehen“²⁸. Politische Rückendeckung erhielt Bürgermeister Stingl von Nationalratspräsident Fischer, der in seiner Eröffnungsrede die Notwendigkeit der Ausstellung betonte, um „auch den Opfern damit ein winziges Maß an Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen“ und die BesucherInnen für die Frage zu sensibilisieren, dass „Schuld entstanden ist, die Scham notwendig macht“ (Fischer 1999, 206 f.).

In Salzburg hingegen verfolgte die SPÖ-Landespartei eine gegensätzliche Politik. Gemeinsam mit der grünen „Bürgerliste“ hatte die SPÖ die Präsentation der Ausstellung durch das Land Salzburg gefordert. Der Antrag des SPÖ-Vizepräsidenten des Salzburger Landtages, Walter Thaler, und des SPÖ-Landespartei-vorsitzenden, Gerhard Buchleitner, die Ausstellung durch das Land Salzburg zu veranstalten, wurde in der Landesregierung von ÖVP und FPÖ abgelehnt²⁹. SPÖ-Kulturlandesrat Othmar Raus regte daraufhin die Gründung eines Vereins an, der als Veranstalter auftreten sollte, und stellte öS 100.000,- aus dem Kulturbudget zur Verfügung³⁰. Die aktive Unterstützung der Ausstellung behielt die SPÖ in Salzburg bei. Die Eröffnungsrede wurde von Wissenschaftsminister Einem gehalten, der kurzfristig für den erkrankten Ex-Kanzler Franz Vranitzky eingesprungen war.

6.4. Die Grünen und das Liberale Forum

Die Grünen nahmen von Beginn an eine klare Position zur Wehrmachtsausstellung ein. An allen Schauplätzen unterstützten sie die Ausstellung organisatorisch, logistisch, politisch und inhaltlich. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen lokalen Veranstaltern trugen sie maßgeblich zur Gestaltung der oft monatelangen Begleitprogramme bei, organisierten Spendenkampagnen zur Durchführung der Ausstellung

(Linz, Graz) oder stellten RednerInnen für die Ausstellungseröffnungen (Klagenfurt, Salzburg). Die aktive Präsenz der Grünen unterstrich die Funktion, die sie der Ausstellung im hegemonialen Deutungskampf um gesellschaftliche Geschichtsbilder zuwies: „Die Ausstellung sollte kein isoliertes Ereignis bleiben, sondern als Ausgangspunkt für eine gründliche und nachhaltige Beschäftigung nicht nur mit der Rolle der Wehrmacht im Nationalsozialismus, sondern auch mit anderen Aspekten der nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs dienen“ (Grüne Akademie 1999, 9).

Ähnliche Aktivitäten und vergangenheitspolitische Positionen entwickelte das Liberale Forum. Bundessprecherin Heide Schmidt drückte die politisch-symbolische Unterstützung des LiF durch ihren Beitritt ins Ehrenkomitee der Ausstellung aus: „Es soll darüber (über die Wehrmachtsverbrechen, W.M.) offen diskutiert werden. Jeder kann sich selbst ein Urteil bilden. Wichtig ist nur, dass überhaupt darüber geredet wird“³¹. Ebenso wie die Grünen war das LiF an allen Ausstellungsorten, an denen sie über entsprechende organisatorische Strukturen verfügte, am Zustandekommen der Ausstellung und an der Durchführung des Begleitprogramms beteiligt. Bei beiden Parteien stand auf intentionaler Ebene die Instrumentalisierung der Ausstellung für eine konflikthafte diskursive Auseinandersetzung um die nationalsozialistische Vergangenheit im Vordergrund. Sie verstanden die Ausstellung auch als Angebot zu einem, bis zu diesem Zeitpunkt nicht stattgefunden habenden, generationsübergreifenden Dialog, als einen Schritt zur Konstituierung eines kulturellen Gedächtnisses über die NS-Zeit, der das Erleben der Zeitgenossen respektiert, aber auch offen ist für den kritischen Kommentar der jüngeren Generationen und aus beidem – zumindest partiell – gemeinsame Deutungen und konsensfähige Symbole der Vergangenheit entwickelt.

6.5. Zivilgesellschaftliche Gruppen

Basis und Motor der Ausstellung waren zivilgesellschaftliche Gruppen. An allen Aus-

stellungsorten waren die Veranstalter oder Initiatoren Vereine, universitäre bzw. wissenschaftliche Institute oder Privatpersonen, die meist in Form von parteiungebundenen bzw. parteiübergreifenden Plattformen die Durchführung der Ausstellung und der Begleitprogramme organisierten. Mit erheblichem finanziellen Risiko und gegen teils massive politische Widerstände gelang es, sich die Ausstellung „anzueignen“ und damit einen neuen Maßstab in der politischen Kultur Österreichs zu setzen. Die Ausstellung war nicht nur von einem (parti-)politisch unabhängigen privaten Forschungsinstitut zusammengestellt worden, sondern wurde auch von partei- und staatsunabhängigen Initiativen veranstaltet. Damit wurde die staatliche Autorität im sensiblen Bereich der nationalsozialistischen Vergangenheitsbewältigung unterlaufen. Parteilpolitische und gruppenspezifische Akteure befanden sich in der Position von Re-Akteuren auf eine von ihnen nicht kontrollier- und disziplinierbare Diskussion um die NS-Vergangenheit.

Unmittelbare Kontrahenten im Konflikt um das Geschichtsbild über die Wehrmacht waren die Interessenorganisationen der ehemaligen Soldaten, allen voran der ÖKB. Als die „widersprüchlichste Form österreichischer Doppel-moral“ (Pelinka 1994, 312) hatte der ÖKB über Jahrzehnte das gesellschaftliche Deutungsmonopol über die Wehrmacht. Als institutionelles Bindeglied zwischen staatstragender Opferthese und gruppenspezifischer Traditionsstiftung war die Identität des ÖKB durch die Aussagen der Ausstellung strukturell in Frage gestellt. Der ÖKB nutzte sein aus etwa 250.000 Mitgliedern bestehendes Wählerpotential zur symbolischen Bestätigung eines vergangenheitspolitischen Kommunikationsbündnisses mit ÖVP und FPÖ: Der oberösterreichische Kameradschaftsbund verlieh kurz vor dem Ausstellungsbeginn in Linz ÖVP-Landeshauptmann Pühringer die Ehrenmitgliedschaft³²; eine Zustimmung der SPÖ zur Verleihung des Landeswappens an den Salzburger Kameradschaftsbund vor der Ausstellungseröffnung konnten ÖVP und FPÖ allerdings nur erreichen, indem sie auch der Salzburger Israelitischen Kultusgemeinde diese Auszeichnung zuerkannten (Sandner 1999, 40 f.).

7. Resümee

Die Wehrmachtsausstellung eröffnete ein neues narratives Diskursfeld bei der Bearbeitung der NS-Vergangenheit. Die Wehrmachtsoldaten wurden nicht in der ritualisierten Form als Opfer oder Helden erinnert, sondern als potentielle Täter, Zuschauer oder Mitwisser intendierter NS-Verbrechen. Für diese Konfrontation mit einer Gegenerinnerung gab es weder eine tradierte Erinnerung in den Familien, noch ein kollektives Bewusstsein in der politischen Kultur. Mit der Erodierung der Opferthese und damit der institutionellen Vorgaben an die politische Kultur, entstanden pluralistische, miteinander konkurrierende Geschichtsbilder sowohl bei den politischen Eliten als auch in der österreichischen Gesellschaft. Mit der Opferthese stand potentiell auch der kollektive Opferstatus der österreichischen Wehrmachtsangehörigen zur Disposition. Ihr Opferstatus basierte auf den integrationspolitischen Anstrengungen der Zweiten Republik und wich eklatant von der individuellen Bewusstseinslage des österreichischen Wehrmachtsskollektivs ab, das sich während des Krieges zu einem erheblichen Teil mit dem Nationalsozialismus identifiziert hatte. Diese Diskrepanz wurde durch die Konstruktion des Geschichtsbildes von der „sauberen“ Wehrmacht verdeckt und durch die Dekonstruktion dieser Legende dekuviert.

Die Positionierung der politischen Parteien zur Ausstellung dynamisierte die Formierung neuer vergangenheitspolitischer Lager. Mit der sukzessiven Distanzierung der SPÖ von der Opferthese in den 1990er Jahren war die auf dem elitären Konsens von SPÖ und ÖVP basierende hegemoniale Interpretation des Nationalsozialismus (Opferthese) vorerst von fragmentierten vergangenheitspolitischen Positionen der Parteien abgelöst worden. Mit der Dauer der Ausstellung zeichnete sich immer sichtbarer eine neue vergangenheitspolitische Konstellation ab, die nicht mehr entlang der traditionellen Achse von der Opferthese verlief. Auf der einen Seite formierte sich ein Lager, das sich die Erhaltung des vergangenheitspolitischen status quo im Sinne einer Reflexionsverweigerung über die *schuldhafte* Verstrickung

(im konkreten Fall der Wehrmacht) in den Nationalsozialismus zur Aufgabe setzt. Dieses traditionalistische Bündnis aus Vertretern der Opfertheorie (ÖVP) und einer Partei (FPÖ), die ihre formale Distanzierung vom Nationalsozialismus mit affirmativen Aussagen über den Nationalsozialismus relativiert, wird von den als *pressure groups* agierenden Veteranenverbänden als beide Geschichtsbilder integrierende institutionelle Schnittstelle unterstützt. Ihr gemeinsames vergangenheitspolitisches Paradigma ist nicht das des österreichischen Opfers, sondern das Paradigma der historischen Unschuld. Die vergangenheitspolitische Problematik dieser in sich widersprüchlichen traditionalistischen Erinnerungskultur wurde mit dem Regierungsantritt der ÖVP-FPÖ-Koalition im Februar 2000 deutlich, als Bundespräsident Klestil von der Bundesregierung ultimativ die Unterzeichnung einer Präambel zur Regierungserklärung forderte, in der sich die Regierungskoalition u.a. „zur kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit“³³ verpflichtet. Ob diese normative Festschreibung einen Wandel der Vergangenheitspolitik der beiden Koalitionsparteien zur Folge haben wird, muss skeptisch beurteilt werden (Manoschek 2001).

Die bisherige vergangenheitspolitische Praxis der Regierung bestätigt die Existenz eines traditionalistischen Bündnisses aus ÖVP, FPÖ und Veteranenverbänden und das ungebrochene Festhalten der ÖVP an der Opferthese. Der Entschlussbildungsprozess zum Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz ist ein markantes Beispiel dafür: Im Juli 2000 hatte der Obmann des Österreichischen Kameradschaftsbundes, Otto Keimel, eine Zusatzrente für ehemalige österreichische Kriegsgefangene gefordert.³⁴ Der Kärntner Landeshauptmann Haider unterstützte in seiner Festrede beim Kärntner Ulrichsbergtreffen im Oktober 2000 diese Forderung und junktimierte die noch laufenden Verhandlungen um Entschädigungszahlungen an ZwangsarbeiterInnen mit Entschädigungszahlungen an „Spätheimkehrer, die ihre besten Jahre in der sibirischen Kriegsgefangenschaft gelassen haben“³⁵. Wenige Wochen später beschloss die ÖVP-FPÖ-Regierung eine Rentenerhöhung für spätheimgekehrte österreichische

Kriegsgefangene aus mittelost- und osteuropäischen Staaten³⁶. Bundeskanzler Schüssel bezeichnete dieses Gesetz als „spiegelgleiche Lösung“³⁷ für die Entschädigung der NS-ZwangsarbeiterInnen und erklärte, es sei „an der Zeit, ein positives Signal an die österreichischen Kriegsgefangenen und Heimkehrer zu geben“³⁸. Vergangenheitspolitisch bedeutet diese Aussage die Gleichsetzung von NS-ZwangsarbeiterInnen mit österreichischen Kriegsgefangenen und damit eine indirekte Bestätigung der Opferthese. ÖKB-Obmann Keimel drückte nicht nur seine Zufriedenheit über den Rentenzuschuss aus („Nach den Ansprüchen der Zwangsarbeiter und der unsäglichen Wehrmachtsausstellung ist das einmal eine Anerkennung für uns“³⁹), sondern wertete dieses Gesetz auch als Unterstützung der Opferthese: „Wir werden doch nicht die Konferenz von Jalta umdrehen, nur weil ein paar Mieselsüchtige so tun, als ob wir am Krieg schuld gewesen wären“⁴⁰.

Nachdem ÖVP-Außenministerin Benita Ferrero-Waldner betont hatte, dass „Hitler-Deutschland Österreich militärisch überfallen und okkupiert“⁴¹ habe, bestätigte ÖVP-Bundeskanzler Schüssel am Jahrestag des Novemberpogroms in einem Interview mit der „Jerusalem Post“ das ungebrochene Festhalten der ÖVP an der Opferthese: „Der souveräne österreichische Staat war das erste Opfer des Naziregimes. Die Nazis nahmen Österreich mit Gewalt. Die Österreicher waren das erste Opfer“⁴². Warum dann die Österreicher, so Schüssel weiter, dennoch eine „moralische Verantwortung“ für die NS-Vergangenheit hätten, bleibt rätselhaft.

Die Vergangenheitspolitik der Koalitionsregierung orientiert sich nicht an der von ihr unterzeichneten Präambel zur Regierungserklärung. Vielmehr setzt sich das in der Diskussion um die Wehrmachtsausstellung entstandene traditionalistische vergangenheitspolitische Bündnis nunmehr auf Regierungsebene fort.

Mit der Abkehr der SPÖ von der Opferthese entstand ein vergangenheitspolitisches Lager aus SPÖ, Grünen und Liberalen. Sie akzeptierten das historische Faktum der „Involvierung der Wehrmacht in NS-Verbrechen“, ohne damit die Ausstellung „bedingungslos zu verteidigen“ (Vranitzky 1999, 15). Sie orientierten sich an

der demokratiepolitischen Grundsatzhaltung anti-nationalsozialistischer Vergangenheitspolitik, historische Fakten als solche zur Kenntnis zu nehmen und dann einer Bewertung zu unterziehen. Für die SPÖ bedeutete dies – trotz wahltaktischer Rücksichtnahmen und innerparteilicher Widerstände – die Fortsetzung der schrittweisen Distanzierung von der konkordanzdemokratischen Opferthese, die im Zuge der „Waldheim-Affäre“ eingeleitet worden war und sich im Konflikt um die Ausstellung fortsetzte. Die Grünen und Liberalen, die in Opposition zur konkordanzpolitischen Vergangenheitspolitik standen und ihre politische Identität nicht zuletzt aus der Ablehnung der österreichischen Opferthese beziehen (Grüne) bzw. gegen die Relativierung der NS-Vergangenheit durch die FPÖ (Liberalen) auftreten, hatten keine Schwierigkeiten, für eine offensive diskursive Auseinandersetzung mit der Ausstellung einzutreten.

Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ war ein Beitrag zum ambivalenten Prozess der Schuldanerkennung und zum konflikthaften Wandel kulturell verfestigter Deutungsmuster über die österreichische NS-Vergangenheit. Die damit einhergehende Formierung neuer vergangenheitspolitischer Lager jenseits der ehemals hegemonialen Opferthese ist Ausdruck dafür, dass im Politikfeld NS-Vergangenheit der staatstragende Konsens von polarisierenden Geschichtsinterpretationen entlang des politischen Links-Rechts-Schemas abgelöst wurde.

ANMERKUNGEN

- 1 Für die kritische Kommentierung des Manuskripts und für wertvolle Hinweise danke ich Günther Sandner, Birgitt Haller, Bernhard Kuschey, Helmut Gaisbauer und dem Team des Forschungsschwerpunkts „Diskurs, Politik und Identität“ an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Ruth Wodak.
- 2 Im Folgenden wird der popularisierte Titel „Wehrmachtausstellung“ verwendet.
- 3 Die Kommission konstatierte „sachliche Fehler, Ungenauigkeiten und Flüchtigkeiten bei der Verwendung des Materials“ und kritisierte die „durch die Art der Präsentation allzu pauschalen und suggestiven Aussagen“ (Bartov u.a. 2000, 85), bestätigte je-

doch „insgesamt die Intensität und Seriosität der von den Ausstellungsautoren geleisteten Quellenarbeit“ (Bartov u.a. 2000, 85). Die Kommission stellte weiters fest, dass die Ausstellung „keine Fälschungen im Sinne der leitenden Fragestellungen und Thesen“ (Bartov u.a. 2000, 85) enthält. Die von den Kritikern der Ausstellung aufgestellte Behauptung, lediglich 10 Prozent des in der Ausstellung verwendeten Bildmaterials würde Verbrechen der Wehrmacht zeigen, bezeichnete die Kommission als schlichtweg „unhaltbar“ (Bartov u.a. 2000, 30). Von den insgesamt 1433 Fotos empfahl die Kommission weniger als 20 aus der Ausstellung zu entfernen (Bartov u.a. 2000, 29).

- 4 Telefon-Umfrage der INTEGRAL Markt- und Meinungsforschungsges.m.b.H. vom Frühjahr 2000 (n=1000), siehe <http://www.integral.co.at/integral>.
- 5 Die repräsentative Untersuchung (n=1119) wurde 1982 durchgeführt und 1993 ausgewertet. Ich danke Gustav Spann und Peter Malina von Institut für Zeitgeschichte Wien für die Überlassung des Endberichts und der Tabellenbände zur weiteren Auswertung.
- 6 Tiroler Tageszeitung, Interview mit Jörg Haider, 4.12.1995.
- 7 Kronen-Zeitung, Wahlkampfveranstaltung von Jörg Haider in Graz, 12.1.1998.
- 8 Zit. nach Kurier, 19.10.1995.
- 9 FPÖ-Landesrat Robert Thaller, zit. nach Salzburger Fenster, 4.12.1996.
- 10 Oberösterreichische Nachrichten, 27.11.1996.
- 11 Neue Freie Zeitung, 16.10.1996.
- 12 Zit. nach Der Standard, 22.10.1996.
- 13 Zit. nach Der Standard, 23.8.1996.
- 14 Zit. nach Der Standard, 24./25.8.1996.
- 15 Zit. nach Der Standard, 6.5.1997.
- 16 Neue Zeit, 4.4.1997.
- 17 Zit. nach Kleine Zeitung, 3.4.1997.
- 18 Kleine Zeitung, 28.11.1997.
- 19 Kleine Zeitung, 11.1.1998.
- 20 Eine Ausnahme bildete punktuell die „Junge ÖVP“. Bundesobmann Werner Amon kritisierte die ablehnende Haltung der Kärntner ÖVP heftig (Kärntner Tageszeitung, 29.8.1997); die steirische „Junge ÖVP“ beteiligte sich in Graz an den Begleitveranstaltungen zur Ausstellung (Die Steirische Wochenpost, Nr. 38, Oktober 1997).
- 21 Zit. nach Salzburger Nachrichten, 30.12.1996.
- 22 Zit. nach Kameradschaft Aktiv. Zeitschrift des Salzburger Kameradschaftsbundes, Nr. 1/2, 1998.
- 23 Interview mit Ausserwinkler, in: Kärntner Tageszeitung, 27.8.1996.
- 24 Interview mit Ausserwinkler, in: Der Standard, 27.8.1996.
- 25 Zit. nach Kärntner Tageszeitung, 8.10.1996.
- 26 Zit. nach Kärntner Tageszeitung, 8.10.1996.
- 27 Neue Zeit, 24.9.1997.
- 28 Einstimmiger Beschluss des steirischen SPÖ-Landesparteivorstands, zit. nach Neue Zeit, 14.5.1997.
- 29 Salzburger Volkszeitung, 27.11.1996.
- 30 Salzburger Fenster, 4.12.1996.
- 31 Zit. nach Der Standard, 2.9.1996.

- 32 Der Standard, 24.10.1996.
 33 „Deklaration Verantwortung für Österreich – Zukunft im Herzen Europas“. Präambel zum Regierungsprogramm von FPÖ und ÖVP, APA, 4.2.2000.
 34 Profil, Nr. 29, 16.7.2000.
 35 Zit. nach Falter, 40/2000.
 36 Art. 70 Budgetbegleitgesetz 2001 (Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz).
 37 Zit. nach Profil, Nr. 44, 30.10.2000.
 38 Zit. nach Der Standard, 20.10.2000.
 39 Zit. nach Falter, 42/2000.
 40 Zit. nach Falter, 42/2000.
 41 Rede von Ferrero-Waldner anlässlich der österreichischen Auslandskulturtagung am 31.8.2000, zit. nach Der Standard, 1.9.2000.
 42 Zit. nach Der Standard, 10.11.2000.

LITERATURVERZEICHNIS

- Ardelt, Rudolf/Sepp Kerschbaumer/Josef Weidenholzer* (1997). Dialog: Wehrmacht-Bundesheer. Traditionen, Brüche, Erinnerungen, in: Reinhard *Kannonier/Brigitte Keppinger* (Hg.): Irritationen. Die Wehrmachtsausstellung in Linz, Grünbach, 105–128.
- Assmann, Jan* (1997). Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkonjunkturen, München.
- Ausstellungskatalog Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944 (1999). Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), 4. überarbeitete Auflage, Hamburg.
- Bartov, Omer* (1991a). Brutalität und Mentalität: Zum Verhalten deutscher Soldaten an der ‚Ostfront‘, in: Peter *Jahn/Reinhard Rürup* (Hg.): Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941–1945, Berlin, 183–199.
- Bartov, Omer* (1991b). Hitler’s Army. Soldiers, Nazis, and War in the Third Reich, New York.
- Botz, Gerhard/Gerald Sprengnagel* (Hg.) (1994). Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker (Studien zur Historischen Sozialwissenschaft, Bd. 13), Frankfurt/Main.
- Brunnbauer, Ulf* (1999). „Ich will Ausstellungen, die Freude bereiten“, in: Ulf *Brunnbauer* (Hg.): Eiszeit der Erinnerung. Vom Vergessen der eigenen Schuld, Wien, 14–30.
- Bulletin 1995 (1992). In: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 1 (1), 53–63.
- Czermin, Hubertus* (Hg.) (2000). Wofür ich mich meinewegen entschuldige. Haider, beim Wort genommen, Wien.
- Deist, Wilhelm* (1979). Die Aufrüstung der Wehrmacht, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1, Stuttgart, 369–532.
- Domansky, Elisabeth* (1992). Die gespaltene Erinnerung, in: Manuel *Koeppe*n (Hg.): Kunst und Literatur nach Auschwitz, Berlin, 178–196.
- Embacher, Helga/Albert Lichtblau/Günther Sandner* (Hg.) (1999). Umkämpfte Erinnerung. Die Wehrmachtsausstellung in Salzburg, Salzburg.
- Embacher Helga* (1999). „... daß die Ehre der Kameraden unangetastet bleiben müsse.“ Die „Wehrmachtsausstellung“ und das Geschichtsbild des Kameradschaftsbundes, in: Helga *Embacher/Albert Lichtblau/Günther Sandner* (Hg.), a.a.O., 96–132.
- Fischer, Heinz* (1999). Rede zur Eröffnung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in Graz, in: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): Krieg ist ein Gesellschaftszustand. Reden zur Eröffnung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, Hamburg, 203–207.
- Förster, Jürgen* (1999). Wehrmacht, Krieg und Holocaust, in: Rolf-Dieter *Müller/Hans-Erich Volkmann* (Hg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München, 948–963.
- Frei, Norbert* (1996). Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München.
- Gaisbauer, Helmut* (2001). Der politische Diskurs zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in Österreich. Eine Analyse der Debatten an den Ausstellungsorten Wien, Klagenfurt, Linz, Graz und Salzburg unter besonderer Berücksichtigung geschichtspolitischer Problemstellungen und der Diskursmacht der Medien, unveröff. Dipl.Arbeit, Salzburg.
- Gärtner, Reinhold/Sieglinde Rosenberger* (1991). Kriegerdenkmäler. Vergangenheit in der Gegenwart, Innsbruck.
- Gehler, Michael* (1995). „... eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes ...“. Die Waldheim-Affäre 1986–1992, in: Michael *Gehler/Hubert Sickinger* (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur, 614–665.
- Grüne Akademie (1999). Einleitung, in: Ulf *Brunnbauer* (Hg.): Eiszeit der Erinnerung. Vom Vergessen der eigenen Schuld, Wien, 9–13.
- Habermas, Jürgen* (1992). Nachmetaphysisches Denken, Frankfurt/Main.
- Haider, Jörg* (1993). Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik, Frankfurt/Main.
- Haider, Jörg* (1996a). 50 Jahre Zweite Republik – Rückblick und Ausblick. Grundsatzrede vom 26.4.1995, in: Freiheitliche Akademie – Politische Akademie der FPÖ (Hg.): Freiheit und Verantwortung. Jahrbuch für politische Erneuerung, 13–33.
- Haider, Jörg* (1996b). Die Rede von Krumpendorf, in: Schnell-Info der FPÖ, 30.
- Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.) (2000). Projekte-Veranstaltungen-Veröffentlichungen 1999–2001, Hamburg.
- Hornung, Ela* (1996). Das Schweigen zum Sprechen bringen. Erzählformen österreichischer Soldaten in der Wehrmacht, in: Walter *Manoschek* (Hg.): Die

- Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien, 182–205.
- Huemer, Friedrun/Walter Manoschek* (1996). Wolgograd soll kein Pilgerort werden, in: Informationen der Gesellschaft für Politische Aufklärung, 49, 9–10.
- Journal für Sozialforschung (1992). Antisemitismus in Österreich 1991. Empirische Umfrage des Österreichischen Gallup-Institut, 1991, 32 (1), 102–104.
- Kannonier, Reinhard/Brigitte Kepplinger* (Hg.) (1997). Irritationen. Die Wehrmachtausstellung in Linz, Grünbach.
- Kurz, Hans Rudolf* (Ed.) (1993). The Waldheim Report by the International Commission of Historians, Copenhagen.
- Loitfellner, Sabine* (2000). „Furchtbar war der Blutzoll, den Österreich entrichten musste ...“. Erinnerungsformen über die Wehrmacht und ihre Soldaten in österreichischen Schulbüchern. Unveröffentlichter Zwischenbericht des Projekts des Fonds zur Förderung wissenschaftlicher Forschung „Die Wehrmacht als Tabu. Diskursive Konstruktion der subjektiven Erinnerung an den Vernichtungskrieg der Wehrmacht“, Wien.
- Manoschek, Walter* (1995). „Serbien ist judenfrei!“ Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, 2. Auflage, München.
- Manoschek, Walter* (1996a). Die Wehrmachtausstellung in Österreich, in: Mittelweg 36, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 5 (1), 25–32.
- Manoschek, Walter* (1996b). „Verflucht sei, wer seine Väter nicht in Ehren hält.“ Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in Klagenfurt, in: Mittelweg 36, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 5 (6), 79–86.
- Manoschek, Walter* (2001). FPÖ, ÖVP and Austria’s Nazi Past, in: Anton *Pelinka/Ruth Wodak* (Eds.): The Haider Phenomenon in Austria and Europe, New Brunswick (forthcoming).
- Marchner, Günther* (1999). Die häßliche Ausstellung in der schönen Stadt. Zur Kulturpolitik von Geschichte, in: Helga *Embacher/Albert Lichtblau/Günther Sandner* (Hg.), a.a.O., 58–78.
- Messerschmidt, Manfred* (1969). Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg.
- Mitten, Richard* (1992). The Politics of Antisemitic Prejudice. The Waldheim Phenomenon in Austria, Boulder.
- Mostbauer, Rainer* (2001). Die politische Kultur in Österreich und die Kontroverse über die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, unveröff. Dipl.Arbeit, Wien.
- Pelinka, Anton* (1994). Kameradschaftsbünde als Männerbünde. Ein Versuch in 10 Thesen, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien, 309–314.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram* (2000). Rechtspopulistische Resonanzen: Die Wählerschaft der FPÖ, in: Fritz *Plasser/Peter A. Ulram/Franz Sommer* (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten, Wien, 225–241.
- Reemtsma, Jan Philipp* (1997). Krieg ist ein Gesellschaftszustand, in: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 6 (2), 55–60.
- Sandner, Günther* (1999). Schau-Kämpfe. Geschichtspolitik und „Wehrmachtausstellung“ im Land Salzburg, in: Helga *Embacher/Albert Lichtblau/Günther Sandner* (Hg.), a.a.O., 26–57.
- Schneider, Christian* (1998). Schuld als Generationenproblem, in: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 7 (4), 28–40.
- Schwab-Trapp, Michael* (1997). Narration und politischer Diskurs. Zur Transformation politischer Kultur im vereinigten Deutschland, in: Thomas *Herz/Michael Schwab-Trapp* (Hg.): Umkämpfte Vergangenheit. Diskurse über den Nationalsozialismus seit 1945, Opladen, 193–216.
- Schwarz, Josef/Christian W. Haerpfer/Peter Malina/Gustav Spann* (1993). Österreicher im Zweiten Weltkrieg. Bewußtseinsstand von österreichischen Soldaten in der deutschen Wehrmacht 1938–1945. Unveröffentlichter Endbericht für das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien.
- Ueberschär, Gerd* (Hg.) (1999). Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, Frankfurt/Main.
- Uhl, Heidemarie* (1994). Erinnern und Vergessen. Denkmäler zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und an die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs in Graz und in der Steiermark, in: Stefan *Riesenfellner/Heidemarie Uhl*: Zeitgeschichtliche Denkmalkultur in Graz und in der Steiermark vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien-Köln-Weimar, 111–197.
- Vranitzky, Franz* (1999). Eröffnungsrede, in: Helga *Embacher/Albert Lichtblau/Günther Sandner* (Hg.), a.a.O., 15–21.
- Wodak, Ruth/Peter Nowak* u.a. (1990). „Wir sind alle unschuldige Täter.“ Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt/Main.
- Ziegler, Meinrad/Waltraud Kannonier-Finster* (1993). Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit, Wien.

AUTOR

Walter MANOSCHEK, geb. 1957; Univ.Ass. am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien; Mitautor der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Forschungsschwerpunkte: Politisches System des Nationalsozialismus, Holocaust-Forschung, österreichische Vergangenheitspolitik.

Adresse: Institut für Staatswissenschaft, Hohenstaufengasse 9/7, A-1010 Wien;
e-mail: walter.manoschek@univie.ac.at